



70 Jahre Woche der Brüderlichkeit. Anfänge, Entwicklungen, Perspektiven

01.06.2024 | Josef Foschepoth

Der folgende Vortrag wurde im Rahmen der Tagung „Dialog mit Zukunft? Eine kritische Würdigung von 70 Jahren ‚Woche der Brüderlichkeit‘“ gehalten, die im Juni 2022 in München stattfand.

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,
liebe Geburtstagsgäste

wir sind hier und heute zusammengekommen, um Geburtstag zu feiern, und was für einen! „70 Jahre Woche der Brüderlichkeit.“ Im Leben eines Menschen soll der 70. Geburtstag einer der schönsten sein, zumindest was den Hauch von Silber anbetrifft, der mit diesem Tag verbunden ist. Wir haben ja einige dieser silbernen Jubilare unter uns. Ich gehöre auch dazu. So sähe also die „Woche der Brüderlichkeit“ aus, wenn sie lebhaftig unter uns wäre. Viele von Ihnen haben nicht nur einmal, sondern mehrfach an einer „Woche der Brüderlichkeit“ teilgenommen. Laut der eindrucksvollen Festschrift *Das Recht des Anderen* anlässlich des 70jährigen Bestehens des Deutschen Koordinierungsrats (DKR) hat es 2018 allein 338 Veranstaltungen zur „Woche der Brüderlichkeit“ in Deutschland gegeben.^[1] Die „Woche der Brüderlichkeit“ ist das Markenzeichen des DKR und der inzwischen mehr als 80 Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (GCJZ) in Deutschland. Die christlich-jüdischen Gesellschaften gehören zu den größten und ältesten Bürgerinitiativen in Deutschland, wie wir schon immer mit ein wenig Stolz betont haben. Herzlichen Glückwunsch all denjenigen, die an dem großen Erfolg „70 Jahre Woche der Brüderlichkeit“ mitgewirkt haben!

Wie fing alles an?

Um diese Frage beantworten zu können, lade ich Sie ein, mit mir in das Nachkriegs-Berlin zu schauen. Dort landete am 30. März 1948, also kurz vor Beginn der Berliner Blockade durch die Sowjetunion, in Tempelhof eine viermotorige Propellermaschine aus den Vereinigten Staaten. An Bord: Reverend Carl F. Zietlow, methodistischer Pfarrer aus Minneapolis, langjähriger Direktor der North Central Region der National Conference of Christians and Jews (NCCJ). Sein Auftrag: Gründung von Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit im Westen Deutschlands. So war es zwischen General Lucius D. Clay, dem amerikanischen Militärgouverneur in Deutschland, und der NCCJ vereinbart worden. Der erteilte Auftrag war Teil der amerikanischen Bemühungen um eine „Umerziehung“ der Deutschen. Die Siegermacht hatte sich einiges vorgenommen. Ziel war nicht mehr und nicht weniger als die „Umwertung der geistigen und kulturellen Werte des deutschen Volkes“^[2].

Was war der Maßstab? Der erste Hochkommissar der USA in der neu gegründeten Bundesrepublik John McCloy formulierte das vor Vertretern der jüdischen Gemeinden in Heidelberg am 31. Juli 1949 so: „Das Verhalten der Deutschen gegenüber den wenigen in ihrer Mitte verbliebenen Juden“ sei „der Prüfstein ihrer Gesittung und eines echten demokratischen Aufbauwillens“^[3]. Ansätze zu einem christlich-jüdischen Dialog, auf die man hätte zurückgreifen können, hatte es in Deutschland kaum gegeben. Einige Impulse waren zwar von jüdischer Seite,

so von Martin Buber und Franz Rosenzweig, ausgegangen. Ihr Wirken blieb jedoch auf einen kleinen Kreis von Personen beschränkt. Erste Erfahrungen einer Zusammenarbeit von Christen und Juden gab es nur in den USA und in einigen westeuropäischen Staaten.

USA: Gründung der National Conference of Christians and Jews, 1928

In den USA geht die „Zusammenarbeit“ von Juden und Christen in die 1920er Jahre zurück. Hier ergriffen Juden und Protestanten die Initiative, als eine antikatholische Welle das Land erfasste. Anlass war die erste Präsidentschaftskandidatur eines Katholiken, Alfred E. Smith. Ziel jüdisch-christlicher Zusammenarbeit sollte es sein, Brüderlichkeit, Toleranz und Achtung von Minderheiten zu einem wesentlichen Bestandteil amerikanischer Kultur zu machen. So entstand eine breite Bewegung zur Bekämpfung antimodernistischer, fremdenfeindlicher und rassistischer Strömungen. Im Unterschied zum alten Kontinent galten in den USA die Katholiken inzwischen als Träger der Moderne. Von einer als „unamerikanisch“ geltenden, von Rom gesteuerten religiösen Minderheit hatten sich die Katholiken dank eines millionenfachen Einwanderungszuwachses aus den katholischen Ländern Europas zwischen 1850 und 1930 zu einer immer bedeutender werdenden, der amerikanischen Lebensweise sich öffnenden katholischen Kirche entwickelt.^[4] Entsprechend heftig reagierten die Konservativen auf den katholischen Bewerber um das Präsidentenamt, der die Wahl auch prompt verlor. Der begonnenen Zusammenarbeit von Juden, Protestanten und Katholiken tat dies jedoch keinen Abbruch. Noch im Wahljahr 1928 wurde die National Conference of Christians and Jews (NCCJ) gegründet. Am Ende des Zweiten Weltkriegs verfügte die NCCJ in den Vereinigten Staaten bereits über eine flächendeckende Organisation.

Großbritannien: Gründung des National Council of Christians and Jews, 1942

Ähnlich wie in den Vereinigten Staaten kam auch in Westeuropa der Impuls für eine Annäherung von Juden und Christen weniger aus religiösem als aus politischem Antrieb. Antisemitismus und Rassismus drohten das gesellschaftliche Miteinander zu zerstören. Nicht das Gespräch zwischen den Religionen, sondern der Kampf gegen den Antisemitismus und die praktische Hilfe für die Verfolgten standen im Vordergrund. Die Kirchen und Synagogen rückten in Großbritannien zusammen und gründeten mitten im Krieg, am 1. Oktober 1942, den ersten National Council of Christians and Jews in Europa.

Schweiz: Gründung der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung des Antisemitismus, 1946

Ein weiterer wichtiger Impuls ging von der Schweiz aus. Am 28. April 1946 wurde die Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft zur Bekämpfung des Antisemitismus in der Schweiz gegründet. Ortsgruppen wurden in Zürich, Basel, Bern, St. Gallen und Lugano aufgebaut. Dies war die erste Vereinigung auf dem europäischen Kontinent, die die Bekämpfung des Antisemitismus zu ihrem Hauptziel erklärte, gleichzeitig aber auch für einen interreligiösen Dialog eintrat.

Oxford, Seelisberg, Fribourg: Gründung des Internationalen Rates der Christen und Juden, 1946

Die verschiedenen Ansätze christlich-jüdischer Annäherung lösten enorme Aktivitäten aus. Tagungen in Oxford, Seelisberg und Fribourg suchten nach neuen Formen der Zusammenarbeit, die bereits 1946 zur Gründung des Internationalen Rates der Christen und Juden (ICCJ) führten. Die im August 1947 verabschiedeten Seelisberger Thesen, die erstmals die religiösen Wurzeln des Antisemitismus und die besondere Verantwortung der christlichen Kirchen herausarbeiteten, gehören zu den wichtigsten Dokumenten des interreligiösen Dialogs der Nachkriegszeit.

Frankreich: Gründung der Amitié Judéo-Chrétienne, 1948

Auch in Paris wurde bereits 1941 eine Vereinigung mit dem Namen Amitié Chrétienne gegründet. Die Mitarbeit von Juden war, wenn überhaupt nur heimlich möglich. Ziel dieses Zusammenschlusses war der Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht und die Hilfe für verfolgte Juden. Erst nach dem Krieg im Juli 1948 wurde eine Amitié Judéo-Chrétienne gegründet und auch für Juden geöffnet.

USA: Rückzug aus dem ICCJ – Gründung der World Brotherhood, 1949

Die internationalen Ansätze für einen neuen christlich-jüdischen Dialog erlitten jedoch bald einen herben Rückschlag. Mit Verschärfung des Gegensatzes zwischen Amerikanismus und Kommunismus entschieden sich die Amerikaner zum Rückzug aus dem ICCJ und zum Aufbau einer eigenen, weniger religiös als politisch bestimmten World Brotherhood. Im Oktober 1949 wurde das Büro des ICCJ in Genf geschlossen, am 9. Juni 1950 in Paris eine neue Weltorganisation mit dem Namen World Brotherhood gegründet.

In Windeseile sollte eine weltweit agierende Organisation mit Sitz in den USA und Außenstellen in vielen Teilen der Welt aufgebaut werden. Mit der Eröffnung des World-Brotherhood-Centers in New York, gestiftet von der Ford-Foundation, bekam das neue „Weltunternehmen für Weltbrüderlichkeit“ im Herzen Amerikas seinen Platz. Von hier aus sollte der neue amerikanische Geist der Brüderlichkeit als Teil eines neuen Amerikanismus um den Globus getragen werden. Die Zusammenarbeit von Juden und Christen verlor dadurch an Bedeutung und hatte sich in die neue Organisation der World Brotherhood einzuordnen. Präsident wurde Everett Clinchy, ehemaliger Präsident der NCCJ der USA.

Die bislang hoch gelobte Zusammenarbeit von Christen und Juden in den Vereinigten Staaten, in Europa und auch in Deutschland entsprach nicht mehr den Interessen der USA. Sie griff zu kurz und richtete den Blick nur nach innen, nicht nach außen. In Zeiten eines sich verschärfenden Kalten Krieges war die christlich-jüdische Zusammenarbeit zu wenig und zu heterogen. Statt eines lockeren Zusammenschlusses verschiedener Verbände sollte World Brotherhood als eine straff organisierte, weltweit operierende Organisation aufgebaut werden. Dabei verfolgte World Brotherhood weniger eine religiöse, als eine erzieherische, im Kern politische Absicht, nämlich „Gerechtigkeit, Verständigung und Zusammenarbeit zwischen Menschen verschiedener Religionen, Rassen, Staatsangehörigkeiten oder Kulturen zu fördern“^[5].

Die Krise der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

Die neue Strategie der Amerikaner stürzte die noch in den Anfängen steckenden ersten Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik in eine schwere Krise. Zietlow erweckte den Eindruck, als sei World Brotherhood die logische Weiterentwicklung christlich-jüdischer Zusammenarbeit. Entsprechend ging er davon aus, dass der Deutsche Koordinierungsrat Mitglied von World Brotherhood werden oder zumindest Richtlinien verabschieden würde, „wonach jede einzelne Gesellschaft unabhängig vom Koordinierungsrat Mitglied von World Brotherhood werden“ könne. Sollte sich der Koordinierungsrat anders entscheiden, drohte Zietlow, den Geldhahn zuzudrehen und eigenständige World-Brotherhood-Gesellschaften zu gründen. Schließlich sei sein Auftrag, in Deutschland Gesellschaften zu gründen, die Mitglied von World Brotherhood werden wollten.^[6]

Zietlow, der Gründer der ersten Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, war zum überzeugten Anhänger der neuen Brotherhood-Bewegung geworden. Entsprechend forderte er die Deutschen immer wieder auf, „nicht den Blick zurück, sondern nach vorn zu lenken, nicht das Negative, sondern das Positive zu betonen, die Ziele nicht an den Problemen der Gegenwart zu

orientieren, sondern möglichst allgemein zu formulieren“. Demnach war die Bekämpfung des Antisemitismus nur „als Teil des allgemeinen Kampfes gegen Vorurteile zu begreifen und stets die Universalität des Programms im Auge zu behalten, nach dem sich der Aufbau einer neuen Welt vollziehen sollte.“ Schließlich sei, wie der angehende Präsident von World Brotherhood, Everett Clinchy, am 21. September 1949, wenige Tage nach Konstituierung der Bundesrepublik in einer öffentlichen Rede in München betonte, „der Nationalsozialismus für Deutschland nicht bezeichnender als der Ku-Klux-Klan für die Vereinigten Staaten“.[\[7\]](#)

Frankfurt: Gründung der Deutschen Sektion von World Brotherhood, 1954

Die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit waren tief gespalten. Eine Lösung des Konflikts mit World Brotherhood schien nur noch in einer strikten Trennung beider Organisationen zu liegen. Am 14. August 1954 war es so weit. Unter Beteiligung von reichlich Prominenz aus Politik und Gesellschaft wurde in Frankfurt eine neue Vereinigung für brüderliche Verständigung e. V. – Deutsche Sektion der World Brotherhood gegründet. Fortan gingen beide Organisationen getrennte Wege. Immerhin kehrten durch diese klare Trennung diejenigen GCJZ für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die sich allein oder zusätzlich mit dem Namen Brüderlichkeit geschmückt hatten, bis Mitte 1955 unter das Dach des Deutschen Koordinierungsrats zurück.

Vatikan: ja zur Weltbrüderlichkeit, nein zur Christlich-Jüdischen Zusammenarbeit, 1950

Eine weitere Spaltung kam hinzu, die zwischen Katholiken und Protestanten. Schon vor Gründung der neuen Organisation für Weltbrüderlichkeit hatte Everett Clinchy in einer Privataudienz beim Papst „den Segen seiner Heiligkeit“ für die neue amerikanische Idee bekommen. Als es soweit war, stellte Papst Pius XII. in einer Verlautbarung vom 28. Dezember 1950 unmissverständlich klar, was er von einer Zusammenarbeit der Katholiken mit Protestanten und Juden hielt: nicht viel. Eindringlich warnte er vor der Gefahr eines religiösen Indifferentismus und einer Relativierung von Glaubenswahrheiten zugunsten interreligiöser Zusammenarbeit. Die Bischöfe wurden angewiesen, derartige Veranstaltungen in katholischen Einrichtungen nicht zuzulassen. Erst 1964 wurde die römische Weisung durch Papst Paul VI. wieder aufgehoben.[\[8\]](#)

So bedrohlich die Gründung einer zentralen amerikanischen Organisation für Weltbrüderlichkeit für die internationale und nationale Zusammenarbeit von Christen und Juden war, so belebend wirkte sich der Beschluss der Pariser Gründungsversammlung der World Brotherhood vom 9. Juni 1950 aus. Danach sollte im Februar/März eines jeden Jahres weltweit eine Brotherhood-Week durchgeführt werden und zwar in Gedenken an George Washington[\[9\]](#), den ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten, der am 22. Februar 1735 geboren war. Der nationale Charakter der jährlichen „Woche der Brüderlichkeit“ (WdB) sollte zur verbindenden Klammer der Brotherhood-Bewegung und der Christlich-Jüdischen Gesellschaften in Deutschland werden.

Einführung der „Woche der Brüderlichkeit“ in Deutschland, 1951/52

Erste Gehversuche wurden bereits 1951 auf lokaler Ebene in Stuttgart gemacht. 1952 folgte dann zum ersten Mal das volle Programm. Nach dem Willen der Amerikaner sollte alles, was in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Rang und Namen hatte, mobilisiert werden. Festsäle, Theater und Opernhäuser wurden angemietet, mit Blumen und Blattgrün geschmückt, die Fahnen der Westmächte und der Bundesrepublik aufgehängt. In München wie an anderen Orten bestimmten Worte von Goethe und Schiller das Programm. Chöre, Orgel- und Orchestermusik gaben dem Ganzen einen feierlichen Rahmen. Der gemischte Chor des Schlesiervereins München gestaltete den Tag der Heimatvertriebenen. Der „Negerchor der Henry- Kaserne München-Freimann“ sang Spirituals zum Tag der Nationen. Dekan Langenfass unterstrich die Bedeutung der WdB in München, in einer Stadt, in der „erst kürzlich wieder die verhängnisvollen Rufe ‚Juden raus‘ und

„aufhängen“ auf einer Versammlung zu hören gewesen waren“[\[10\]](#). Ansonsten wurde das Judentum nicht weiter thematisiert.

Die Schirmherrschaft für die erste Woche der Brüderlichkeit übernahm Bundespräsident Theodor Heuss, der als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Staatspartei 1933 für das Ermächtigungsgesetz Hitlers gestimmt hatte. Immerhin hatte er bereits am 7. Dezember 1949 in einer öffentlichen Feierstunde der Wiesbadener Gesellschaft und in Anwesenheit des amerikanischen Hochkommissars McCloy sein Verhalten bedauert. In seiner berühmt gewordenen „Schamrede“ lehnte er eine Kollektivschuld der Deutschen entschieden ab, bekannte sich jedoch zu einer „Kollektivscham“, in die Hitler alle Deutschen gezwungen habe.[\[11\]](#)

Präsident Harry S. Truman wird Ehrenvorsitzender der Brotherhood- Week

In den USA hatte Präsident Harry S. Truman den Ehrenvorsitz der Brotherhood-Week übernommen und dies mit folgenden Worten begründet: „Das Überleben der Freiheit in unserer Welt hängt von der Fähigkeit der freien Menschen ab, sich auf ein gemeinsames Programm zur Unterstützung der demokratischen Einrichtungen zu einigen, die die Freiheit fördern und erhalten. Dieses gemeinsame Programm erfordert gleichzeitig die Entwicklung unseres militärischen Potentials und die Stärkung unserer wirtschaftlichen Einrichtungen. Um diese Anstrengungen im Interesse der Freiheit steuern zu können, müssen wir unsere überlegene moralische Position behaupten, die uns in unserem gemeinsamen Anliegen verbindet.“

Welt-Brüderlichkeit war für den amerikanischen Präsidenten – ganz im Sinne des neuen Amerikanismus – die moralische Unterstützung des weltweiten Führungsanspruchs der USA. Die Unterstützung des koreanischen Volks, das sich damals in einem grausamen Bruderkrieg unter Beteiligung Chinas und der Vereinigten Staaten befand, sei daher, so Truman „ein Gebot praktischer Brüderlichkeit“[\[12\]](#).

Deutsche Kritik an der „Woche der Brüderlichkeit“

Freiburg: Die Einführung der „Woche der Brüderlichkeit“ stieß bei den ersten Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit keineswegs auf ungeteilte Zustimmung. Gertrud Luckner, Geschäftsführerin der Freiburger Gesellschaft, forderte, man solle es mit den „Wochen“ oder bloßen Demonstrationen zunächst eine Weile gut sein lassen und inzwischen – ein jeder für sich – die Brüderlichkeit im prosaischen Alltag ein Stückchen weitertragen.“ Darüber hinaus fürchtete sie eine Politisierung der christlich-jüdischen esellschaften „im Sinne der amerikanisch-westlichen Ideologie“.[\[13\]](#)

Frankfurt und Berlin: Unterstützung erhielt die Freiburger GCJZ durch die Frankfurter Gesellschaft, die ebenfalls jegliche politische Indienstnahme ablehnte. Wie die Freiburger lehnte auch die Berliner Gesellschaft eine Beschäftigung mit politischen Fragen ab. Beide betonten die religiösen Grundlagen ihrer Arbeit. „Ihr Ziel“ sei, so die Berliner Gesellschaft, „die Festigung einer sozialen Ordnung, in der die religiösen Ideale der Brüderlichkeit und Gerechtigkeit die Grundlagen der menschlichen Beziehungen bilden“.[\[14\]](#)

Hamburg: Auch die neu hinzugekommenen Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lehnten „Brüderlichkeit“ zunehmend als zu vage, zu „unexakt“ und zu „phrasenhaft“ ab, wie zum Beispiel der Publizist Erich Lüth aus Hamburg. Stattdessen wurde die Beschäftigung mit der Lage der Juden in der Bunderepublik immer mehr als die eigentliche Aufgabe der Gesellschaften betont. Wir haben „hier auf deutschem Boden, nach allem, was geschehen ist, ein deutsch-jüdisches Problem zu lösen, das zu lösen ungeheuer schwierig ist und zu dessen Lösung wir uns auch nach außen hin selber bekennen müssen“. Mit Spruchbandparolen könne der erstrebte Gesinnungswandel der Deutschen nicht erreicht

werden.[\[15\]](#)

Zentralrat der Juden: Ähnlich sahen das auch jüdische Vertreter, das Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland und die *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* (heute: *Jüdische Allgemeine*). Sie hatten die „Woche der Brüderlichkeit“ zunächst durchaus begrüßt. Allerdings setzten sie bereits zum Auftakt einen nachdenklichen Akzent, der treffend die Gefahr beschrieb, die dieser Veranstaltungsform von Anfang anhaftete. „Die Woche der Brüderlichkeit sollte Anlass zu gründlichem Nachdenken geben. Nicht wenig wäre erreicht, wenn die Veranstaltung diesen Erfolg hätte. Die Spanne zwischen einem herrlichen Ideal und der trüben Wirklichkeit war seit jeher riesenhaft. Die Religionen versuchen eine Überbrückung, und nicht selten flüchtet das Denken der Menschen in eine andere transzendente Welt, die den Lebenden nicht zugänglich ist.“ Nicht Phrasen und „bombastische Deklamationen“ waren es, was Juden von der „Woche der Brüderlichkeit“ erwarteten, sondern „Taten einfacher Menschenfreundlichkeit, die den Frieden vorbereiten, einen Frieden auf dieser Welt“[\[16\]](#).

Neuorientierung der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

Der Streit um World Brotherhood war nicht nur ein Streit um einen neuen Namen. Er war ein Streit über Grundlagen, Aufgaben und Ziele christlich-jüdischer Zusammenarbeit in Deutschland. Als Zietlow Anfang 1952 die Bundesrepublik wieder verließ und die üppige Finanzierung durch die Amerikaner eingestellt wurde, waren der Deutsche Koordinierungsrat und die ersten Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit inhaltlich zerstritten, personell zum Teil schlecht aufgestellt und standen ohne neue Zuschüsse finanziell teilweise vor dem Aus. Der Ernst der Lage bot jedoch auch die Chance, die christlich-jüdische Zusammenarbeit ohne beziehungsweise gegen die Amerikaner inhaltlich neu zu bestimmen und zu gestalten, personell sich neu aufzustellen und finanziell neue Quellen zu erschließen.

Christen und Juden: Wiederherstellung des Ansehens der Deutschen

Der Traum von einer Welt-Brüderlichkeit war in den deutschen Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit 1955 weitgehend ausgeträumt. Die Deutschen bewegte vor allem der Wunsch, die Wirklichkeit, das beschädigte Ansehen der Deutschen und ihrer Nation wiederherzustellen. Dies sei „keine Politik“, hieß es in einem Aufruf der Berliner Gesellschaft, „soll aber sittliche Voraussetzungen für eine neue Eingliederung der dazu bereiten Juden in das deutsche Volks- und Staatsleben schaffen und das Werk des Staates in den Herzen der Menschen vollenden helfen“[\[17\]](#).

Das amerikanische Modell hatte ausgedient. Die christlichjüdische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik musste sich neu denken, neu definieren, neu finanzieren, neu organisieren, mithin neu gründen. Dies sahen die wenigen Juden, die in den christlich-jüdischen Gesellschaften mitmachten, nicht anders. Auch sie suchten ihre Identität als Deutsche wiederzugewinnen. Als solche wollten sie mit anderen gutmeinenden Deutschen, Katholiken und Protestanten, zusammenarbeiten. Aus der „gemeinsam erlittenen Verfolgung“ sollte eine neue Gemeinschaft von Juden und Christen entstehen, deren gemeinsame Aufgabe darin gesehen wurde, am Wiederaufbau des Landes tatkräftig mitzuwirken. Hier hatte christlich-jüdische Zusammenarbeit ihren Platz und ihre eigentliche Funktion. Den dazu bereiten Juden wuchs eine neue Rolle zu: „Juden sind für deutsche Menschen heute ein Mahnmal, ein lebendiges Mahnmal ihrer Schuld“ schrieb der hessische Landesrabbiner Zwi Harry Levy 1953.[\[18\]](#)

Wiedergutmachung: moralisch nötig, wirtschaftlich und politisch von Vorteil

Politisch war der Zeitpunkt dafür durchaus günstig. 1952/53 setzte Bundeskanzler Adenauer mit Unterstützung der SPD, jedoch gegen großen Widerstand in den eigenen Reihen und in der

eigenen Bevölkerung, einen Wiedergutmachungsvertrag mit Israel durch: Danach erhielt der Staat Israel 3 Milliarden Deutsche Mark und die Claims Conference für Juden, die außerhalb Israels lebten, 450 Millionen Deutsche Mark. Bislang hatte sich der rheinländische Katholik in Fragen der Wiedergutmachung nicht gerade hervorgetan. Als die Westmächte klarmachten, dass eine Aufnahme der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft ohne eine Bereinigung des Verhältnisses zu den Juden nicht möglich war, ergriff Adenauer die Initiative. „Man müsse alles tun, was man könne“, erklärte der Bundeskanzler gegenüber ausgewählten Journalisten, „damit wir nicht nur wegen Israel, sondern in den Augen der ganzen Welt irgendeinen Fakt getan haben, der zeigt, dass wir bedauern, dass von deutscher Seite diese Dinge an den Juden begangen worden sind. Das verlangt nach meiner Meinung mit Recht die ganze Welt.“ Nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich sei die Wiedergutmachung von Vorteil, fand Adenauer. „Wenn es uns gelingt, die Judenfrage aus der Welt zu schaffen, wird das auch unserem wirtschaftlichen Leben insgesamt zum großen Vorteil reichen, selbst wenn dabei einige Prozente einen falschen Weg nehmen, so ist bei diesen Waren der Nutzen, abgesehen von der moralischen Seite, größer als der Schaden.“[\[19\]](#)

Der DKR bittet um Hilfe: „Helfen Sie uns und Sie helfen Deutschland . . .“

Die Wiedererrichtung und Förderung jüdischer Gemeinden einschließlich der wohlwollenden Unterstützung der organisierten Zusammenarbeit von Juden und Christen lag von nun an im politischen Interesse. Der Deutsche Koordinierungsrat und die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit wurden in die öffentliche Förderung des Bundes und der Länder aufgenommen, nachdem die Amerikaner die Finanzierung eingestellt hatten.

Erst jetzt entwickelten sich die Gesellschaften für Christlich- Jüdische Zusammenarbeit zu einer Art von christlichen Vereinen zur Pflege und Förderung des Judentums und der christlich-jüdischen Beziehungen. Liebevoller Zuwendung zu den „jüdischen Mitmenschen“, Überwindung ihrer Isolierung, Parteinahme für die jüdische Sache, Aufarbeitung des geschehenen Unrechts, Wiederherstellung der Größe und Ehrwürdigkeit des jüdischen Namens. Das waren – einem Faltblatt des Deutschen Koordinierungsrates aus dem Jahr 1955 zufolge – die wichtigsten Aufgaben christlich-jüdischer Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland. So unterschiedlich die Aufgaben und Ziele der christlich-jüdischen Zusammenarbeit in Deutschland und in den USA waren, dienten sie hier wie dort bestimmten staatspolitischen Zwecken, nämlich dem Zusammenhalt von Staat und Gesellschaft. Das erwähnte Faltblatt brachte dies auf den Punkt: „Helfen Sie uns und Sie helfen Deutschland, dessen Ansehen entscheidend dadurch bestimmt wird, wie es die uns gestellte jüdische Frage vor seiner eigenen Zukunft beantwortet.“[\[20\]](#)

Die Juden, die in den Gesellschaften mitmachten, definierten sich vor allem als deutsche Juden. Deutschland war ihre Heimat und sollte es bleiben. Sie streckten die Hand zur Versöhnung aus, vertrauten auf die Solidargemeinschaft der guten Deutschen und hofften auf moralische, wirtschaftliche und politische Wiedergutmachung und Rehabilitierung. Wie die nichtjüdischen Deutschen sprachen auch sie von der gemeinsamen „Opferrolle“ von Juden und Christen während des „Dritten Reichs“ und warnten davor, antisemitische Äußerungen und Ausschreitungen zu überschätzen. Auch bei Juden bestand in den Fünfziger- und Sechzigerjahren eine große Scheu, das Wiederaufleben des Antisemitismus und die Verdrängung der NS-Vergangenheit der Deutschen öffentlich zu thematisieren.[\[21\]](#)

Als John McCloy den eingangs bereits zitierten Satz, wonach das Verhalten der Deutschen gegenüber den Juden in ihrer Mitte „ein Prüfstein ihrer Gesittung und ihres echten demokratischen Wiederaufbauwillens“ sei, fühlte sich ausgerechnet eine GCJZ berufen, gegen eine derartige „ungeheuerliche Übertreibung“ zu protestieren. In einem veröffentlichten Schreiben des Vorstands der GCJZ München an John McCloy hieß es, das „geknechtete deutsche Volk“ habe sich schon

zu Hitlers Zeiten von der Politik der Judenverfolgung distanziert. Nach dem Ende der Diktatur sei „die Zahl der gerecht denkenden Menschen noch erheblich angestiegen“. „Dass es unter 60 Millionen guten Deutschen auch einige wenige 10 000 schlechte Deutsche gibt, die weiterhin zu dem gottlosen und unmenschlichen Antisemitismus stehen, kann niemanden überraschen, der etwas von Volkspsychologie versteht.“[\[22\]](#)

Natürlich gab es auch andere in den Gesellschaften, die den alten und neuen Nazismus und Antisemitismus heftig bekämpften. Zu ihnen zählte auch der Rektor der Frankfurter Universität Franz Böhm. In einer scharfen Replik auf den Münchener Brief betonte dieser, dass man sich nicht zusammengeschlossen habe, um der Welt zu beweisen, dass es auch gute Deutsche gebe, sondern „um dem Antisemitismus und dem inhumanen Vorurteil eine entschlossene, aktive, einflussreiche und in den Gang der Dinge wirksam eingreifende Gegenbewegung entgegenzustellen.“[\[23\]](#)

70 Jahre „Woche der Brüderlichkeit“. Brüderlichkeit, Brüderlichkeit und nochmals Brüderlichkeit. Alles drehte sich in meinem Vortrag um Brüderlichkeit. Was um alles in der Welt ist eigentlich Brüderlichkeit? Diese Frage muss wenigstens am Ende noch gestellt werden.

1. Brüderlichkeit ist ein unbestimmter Begriff

Brüderlichkeit ist ein vager, unbestimmter, letztlich nichtssagender Begriff. Ein Begriff, der nicht das Was, sondern nur das Wie bestimmt. Er ist gleichsam die Methode, der Geist, in dem grundlegende Fragen, Probleme, Konflikte zwischen Menschen unterschiedlicher Überzeugungen, Prägungen, Herkunft etc. gelöst werden können, sollen, müssen. Aber brauchen wir dazu den Begriff der Brüderlichkeit? Warum werden gerade Brüder zu Prototypen friedlichen Umgangs stilisiert? Was zeigen uns denn Kain und Abel, Josef und seine Brüder und viele andere Brüder in der Weltliteratur?

2. Brüderlichkeit ist ein utopischer Begriff

Ist nicht gerade das Gegenteil der Fall? Sind Brüder, Jungs und Männer nicht gerade Prototypen des Konflikts, des Streites, der Aggression, des Krieges? Brüderlichkeit wäre demnach kein erreichter Zustand, sondern die Hoffnung, die Sehnsucht, die Utopie einer konflikt- und gewaltfreien Gesellschaft. Brüderlichkeit wäre demnach zuallererst ein utopischer Begriff, die unerfüllte und unerfüllbare Sehnsucht der Moderne. „Seid umschlungen Millionen“, so heißt es in der *Ode an die Freude* von Friedrich Schiller. „Alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt.“ Ein Traum, den Ludwig van Beethoven in seiner *9. Symphonie* musikalisch verewigte, ehe er 1985 zur Europahymne erkoren wurde.

3. Brüderlichkeit ist ein politischer Begriff

Von der Aufklärung über die revolutionären Errungenschaften von „Liberté, Égalité, Fraternité“ der Französischen Revolution von 1789 bis zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris verabschiedet wurde, ist Brüderlichkeit ein fester Bestandteil politischen Denkens und Handelns. So lautet Artikel 1 der UN-Charta der Menschenrechte: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“

4. Brüderlichkeit ist auch ein religiöser Begriff

Natürlich ist Brüderlichkeit auch ein religiöser Begriff. Im Judentum, Christentum, aber auch im Islam hat er seinen Platz. Bei Markus heißt es: „Wieder einmal folgte Jesus eine große Menge. Als

seine Mutter und seine Brüder nach ihm fragten, antwortete er: ‚Wer ist meine Mutter und meine Brüder?‘ Und er sah ringsum auf die, die um ihn im Kreise saßen, und sprach: ‚Siehe, das ist meine Mutter und das sind meine Brüder! Denn wer Gottes Willen tut, der ist mein Bruder und meine Schwester und meine Mutter.‘“[\[24\]](#) Auch Juden verstanden sich als Brüder.

Bindungswirkung erzeugt Brüderlichkeit auch im Islam, vor allem nach innen. Wenn Papst Franziskus plötzlich seine Vorliebe für den Begriff „Geschwisterlichkeit“[\[25\]](#) entdeckt und seine diesbezügliche Enzyklika ausgerechnet *Fratelli tutti*[\[26\]](#) betitelt, dann wird es vollends konfus.

Religionen, revolutionäre, bürgerliche und sozialistische Bewegungen. Tatsächlicher oder angestrebter Zustand, Istoder Sollzustand? Brüderlichkeit ist kein inhaltlich bestimmter, sich selbsterklärender Begriff. Ob Geschwisterlichkeit eine positive Alternative wäre, kann hier nicht weiter erörtert werden. Beide Begriffe beschreiben lediglich das „Wie“ und nicht das „Was“, das eine freiheitliche, demokratische und soziale Gesellschaft begründet und zusammenhält. Das geistige, religiöse, politische und humane Erbe von 70 „Wochen der Brüderlichkeit“ in Deutschland ist in den Jahresthemen des DKR und den sich daraus entwickelten Aktivitäten der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit aufbewahrt.

Schon ein kurzer Blick auf die verschiedenen Jahresthemen[\[27\]](#) zeigt, welche Leistungen und Erfolge 70 „Wochen der Brüderlichkeit“ für das geistige, religiöse, kulturelle und politische neue Deutschland erbracht haben. Hier nur eine kleine Auswahl der großen Themenschwerpunkte:

- Menschenwürde und Gleichberechtigung
- Toleranz und Menschlichkeit
- Recht und Gerechtigkeit
- Gewissen und Verantwortung
- Güte und Barmherzigkeit
- Nächsten- und Feindesliebe
- Menschen guten Willens etc.

Brüderlichkeit sagt alles und nichts. Es ist eine Hülle, die man beliebig füllen kann. Wie man sie füllt, ist eine Frage der Zeitläufte und des Zeitgeistes. Frieden, Gerechtigkeit, Menschlichkeit sind zurzeit en vogue. Das dürfte mit Geschwisterlichkeit nicht anders werden.

Brüderlichkeit/Geschwisterlichkeit sollen vor allem eins: sie sollen motivieren, Energien erzeugen, gute Gefühle entwickeln (Seid umschlungen Millionen!), um einen als schlecht empfundenen Zustand zu verändern und zu verbessern. So war es und so wird es bleiben, solange die Welt, die Staaten, die Politik, die Religionen, die Wirtschaft, die Gesellschaften, die Menschen verbesserungsdürftig und verbesserungsfähig sind und bleiben. Die Lebensdauer von Brüderlichkeit beziehungsweise Geschwisterlichkeit wird so lange anhalten, wie die mit ihnen verbundenen Energien und Motivationskräfte auch weiterhin von ihnen ausgehen.

Der in den Vereinigten Staaten entstandenen Week of Brotherhood war kein langes Leben beschieden. Bereits nach 40 Jahren wurde sie aus dem nationalen Feiertagskalender der USA gestrichen. In Deutschland können wir dagegen bereits auf stolze 70 Jahre „Woche der Brüderlichkeit“ zurückschauen. Wenn wir die Zeichen der Zeit richtig verstehen, können und dürfen wir uns auf dem Geleisteten nicht ausruhen. Es liegt an uns, die Tür zu allfälligen Reformen weit zu öffnen, um dem interreligiösen Dialog in einer neuen Zeit neue Perspektiven und eine erfolgreiche Zukunft, wie es die Vergangenheit gewesen ist, zu ermöglichen.

- [1] Rudolf W. Sirsch, Andreas Nachama, Andreas Urban (Hg.): Das Recht des Anderen. 70 Jahre Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Bad Nauheim 2019, S. 127.
- [2] Mein Vortrag basiert auf eigenen historischen Forschungen, deren neue Erkenntnisse ich bereits 1993 publiziert habe. Vgl. Josef Foschepoth: Im Schatten der Vergangenheit. Die Anfänge der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. Göttingen 1993, S. 62.
- [3] Ebd., S. 82.
- [4] Vgl. Hansjürgen Verwey: Die Situation der Kirchen und Religionen in den USA. In: *Communio*, Internationale katholische Zeitschrift, 12 (1983), S. 144–154, hier S. 149 ff.
- [5] Foschepoth: Im Schatten der Vergangenheit (wie Anm. 2), S. 157.
- [6] Ebd., S. 159.
- [7] Ebd., S. 124.
- [8] Ebd., S. 60.
- [9] Ebd., S. 46.
- [10] Ebd., S. 143. Tätigkeitsbericht der Münchener Gesellschaft über die 1. WdB in München.
- [11] Ebd., S. 96.
- [12] Ebd., S. 142.
- [13] Ebd., S. 147.
- [14] Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Berlin e. V. (Hg.): 50 Jahre im Gespräch. Festschrift, Redaktion Ulrich Werner Grimm. Berlin 1999, S. 74.
- [15] Foschepoth: Im Schatten der Vergangenheit (wie Anm. 2), S. 147 f.
- [16] Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 7. März 1952, S. 1.
- [17] Foschepoth: Im Schatten der Vergangenheit (wie Anm. 2), S. 185.
- [18] Ebd., S. 202.
- [19] Konrad Adenauer: Teegespräche 1950 – 1954. Berlin 1984, S. 284; Foschepoth: Im Schatten der Vergangenheit (wie Anm. 2), S. 199.
- [20] Foschepoth: Im Schatten der Vergangenheit (wie Anm. 2), S. 185 f.
- [21] Ebd., [Kapitel: Mitarbeit und Dilemma deutscher Juden], S. 113 ff. Zusammenfassend S. 201 f.
- [22] Ebd., S. 82 f.
- [23] Ebd., S. 102 ff.
- [24] Mk 3,20–21.31–35.
- [25] Papst Franziskus, Predigt am 21. Februar 2021: „Ich habe den Wunsch, den Traum, das Streben nach Geschwisterlichkeit zum Leben zu erwecken.“ Online: <https://www.evkirche-erlenbach.de/der-pfarrer/predigtenzum-nachlesen-und-nachhoeren/ein-traum-von-papst-franziskus-von-der-geschwisterlichkeit-der-menschen>.
- [26] Enzyklika Fratelli tutti von Papst Franziskus – „Über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft“ vom Oktober 2020, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn 2020.
- [27] Sirsch, Nachama, Urban (Hg.): Das Recht des Anderen. 70 Jahre Deutscher Koordinierungsrat (wie Anm. 1), S. 95.

Josef Foschepoth ist Historiker und Spezialist für Zeitgeschichte. Er war langjähriger Mitarbeiter und Leiter des Forschungsbereichs Post-War-History am German Historical Institute London. 1988 wurde er zum Generalsekretär des DKR, 1990 zum leitenden städt. Direktor für Weiterbildung und Kultur in Münster gewählt. Von 1997 bis 2004 war er Geschäftsführer der AKAd Privathochschulen in Stuttgart. 2005 kehrte er in Lehre und Forschung an die Universität Freiburg zurück. 2018 wurde er Autor zahlreicher Publikationen vom Forum Justizgeschichte „für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der juristischen Zeitgeschichte“ mit dem „Richard-Schmid-Preis“ ausgezeichnet.

Quelle: 70 Jahre Woche der Brüderlichkeit: Anfänge, Entwicklungen, Perspektiven. Münchner Beiträge Zur jüdischen Geschichte Und Kultur, 17(1), 13–29. <https://doi.org/10.5282/mb-jgk/313>; Creative-Commons-Lizenz.